

BI fordert „Verhandlungen auf Augenhöhe“

K+S ist gegen unabhängige Schlichtungsstelle für Bergschäden durch Kali-Abbau



Mit schwerem Gerät tief unter Tage arbeiten – welche Folgen hat das, und wer kommt für Schäden auf? Ein schwieriges Thema für Konzern und Bürgerinitiative.

Foto: ZVG

Giesen (skn). Wie können Bürger geschützt werden, wenn es durch den geplanten Kali-Abbau in Giesen zu Schäden an den Häusern kommt? Über diese Fragen werden sich das Unternehmen K+S und die örtliche Bürgerinitiative (BI) nicht einig. Die BI hält an ihrer Forderung nach einer unabhängigen Schlichtungsstelle fest. Das Unternehmen will davon hingegen nichts wissen.

K+S und die Bürgerinitiative arbeiten zwar in einer Arbeitsgruppe zusammen, in der auch Bürgermeister Andreas Lücke und Vertreter des Rates sitzen. Aber über die Frage der möglichen Bergsenkungen und den Umgang mit Schäden durch den Kali-Abbau sind beide Seiten noch weit auseinander. Die Bürgerinitiative hält an ihrer Forderung fest, eine Schlichtungsstelle einzurichten. Diese soll bei einem Schaden zwischen den Hausbesitzern und K+S vermitteln und dabei auch Zugang zu allen relevanten Daten haben. In einer Pressemitteilung hatte die BI behauptet, eine solche Einrichtung sei „an einigen anderen Kali-Standorten gängige Praxis“.

Dies weist K+S-Sprecher Ulrich Göbel allerdings zurück. „An keinem der Standorte, die wir betreiben, gibt es eine solche

Schiedsstelle“, versichert Göbel. BI-Mitarbeiter Dirk Fietz verweist auf eine Schlichtungsstelle bei der Cavity GmbH in Borth am Niederrhein. Das Unternehmen gehört allerdings zur Solvay-Gruppe und kümmert sich um die Auswirkungen des Salzbergbaus bis 2001. Das aktive Bergwerk dort hingegen wird seit 2002 von K+S betrieben.

Schlichtungsstellen gebe es unter anderem im Steinkohle-Bergbau in Nordrhein-Westfalen, berichtet K+S-Sprecher Göbel. Hier seien die „geologischen und technischen Gegebenheiten“ aber auch ganz andere. K+S steht auf dem Standpunkt, dass Gebäudeschäden ohnehin unwahrscheinlich sind. Das Unternehmen rechnet damit, dass in Ahrbergen die Senkung nach 40 Jahren lediglich 0,13 Millimeter pro Meter betragen wird, was deutlich unter den Grenzwerten wäre. Doch die BI kritisiert, dass K+S in ihren Berechnungen nur die bislang geplanten Stellen für den Abbau der nächsten zehn Jahre einbezogen hat, nicht aber mögliche weitere für die Folgejahre. Auch sei es nicht auszuschließen, dass K+S auch unter bewohntem Gebiet abbauen werde. Dies hatte das Unternehmen allerdings bislang immer ausgeschlossen.

Für den Kali-Abbau seien die Regelungen im Bundesberggesetz „absolut ausreichend“, findet Göbel. Dieses sieht nämlich eine sogenannte Beweislastumkehr vor. Im Schadensfall muss also nicht der Hausbesitzer nachweisen, dass ein Schaden durch das Bergwerk verursacht wurde. Vielmehr ist umgekehrt der Betreiber eines Bergwerks in der Pflicht nachzuweisen, dass ein Schaden nicht durch seinen Betrieb verursacht wurde.

Doch der Bürgerinitiative geht das nicht weit genug. Für sie steckt der Teufel nämlich im Detail. Die BI fürchtet, dass im Streitfall K+S am längeren Hebel sitze, weil sich das Unternehmen einen Gutachter leisten könne, der in ihrem Sinne den Beweis führt. Ein privater Hausbesitzer könne es sich in der Regel hingegen nicht leisten, ein teures Gegengutachten zu erstellen und ein juristisches Verfahren zu führen. „Als Privatmann habe ich da keine Chance“, meint Fietz.

Das sieht K+S-Sprecher Göbel anders. Schließlich müsse ein entsprechendes Gutachten von einem öffentlich bestellten und vereidigten Gutachter erstellt werden. Er weist zudem darauf hin, dass bei Schäden durch ein Salzbergwerk in Sachsen-Anhalt ein Gutachter tätig war, auf den sich

beide Parteien verständigt hätten. Die mehr als 40 Fälle seien ohne Gerichtsverhandlung erledigt worden, berichtet Göbel: „Da funktioniert es hervorragend.“

Für die Bürgerinitiative ist eine unabhängige Schlichtungsstelle aber auch deswegen wichtig, weil es für Bürger schwierig sei, an Informationen zu kommen, wo überhaupt genau abgebaut wird. Dazu hat die BI die Probe aufs Exempel gemacht und beim Landesbergamt das sogenannte Risswerk des bestehenden Kalischachts, also die Pläne mit den Stollen und Lagerstätten, angefordert.

Die BI berief sich bei ihrer Anfrage auf das Umweltinformationsgesetz. Doch die Behörde habe die Herausgabe der Karten mit der Begründung verweigert, dass K+S das Urheberrecht daran besitze, erläutert Fietz. Dieser negative Bescheid hat die BI in ihrer Forderung nach einer Schlichtungsstelle bestärkt. Denn ohne eine solche unabhängige Einrichtung sehen Fietz und seine Mitstreiter ein Ungleichgewicht zwischen Hausbesitzern auf der einen Seite und K+S auf der anderen Seite. „Man verhandelt da nicht auf Augenhöhe“, Fietz hofft, dass K+S doch noch auf die Forderung der BI eingeht: „Das wäre ein ganz tolles Signal.“

Kali + Salz: „Giesen hat Priorität“

Giesen/Roßleben (abu). Der Düngemittel-Konzern Kali + Salz (K+S) wird im thüringischen Roßleben keinen Kaliabbau betreiben. Das Unternehmen hat kein Interesse mehr an der Wiederaufnahme des Bergwerk-Betriebs nahe dem legendären Kyffhäuser-Berg. Das Bieterverfahren für das Areal ist beendet, nachdem auch ein weiterer Interessent ausgestiegen war. K+S begründet den Verzicht unter anderem damit, dass die mögliche Wiederaufnahme des Abbaus bei Giesen sowie das sogenannte Legacy-Projekt in Kanada Priorität hätten.

Auf Anfrage erklärte K+S-Sprecher zwar, das Nein zu Roßleben mache ein Ja zu Giesen nicht wahrscheinlicher. Dennoch: Schacht Siegfried bleibt damit das einzige potenzielle neue Abbau-Projekt auf deutschem Boden. Und zumindest langfristig betrachtet wäre die riesige Lagerstätte in Thüringen wohl ein Konkurrent gewesen.

Giesen bietet im Vergleich zu Roßleben allerdings zahlreiche Vorteile, betonte Göbel: So sei der Konzern dort im Genehmigungsverfahren schon recht weit, das Bergwerk gehöre ihm bereits, die Schächte seien intakt und funktionstüchtig, der Konzern kenne das Bergwerk gut. In Roßleben wurden nach der Schließung 1991 Schächte verfüllt, zudem müsste das Genehmigungsverfahren in zwei Bundesländern (Thüringen und Sachsen-Anhalt) geführt werden. Technisch, bürokratisch und damit auch finanziell wäre der Aufwand dort deutlich größer. Hinzu kommt, dass die bundeseigene „Gesellschaft zur Verwahrung und Verwertung von stillgelegten Bergwerksbetrieben“ als Vermarkter in Roßleben erstens Summen verlange, die in Relation zum aktuellen Weltmarktpreis für Kalisalz zu hoch seien – und ein Käufer würde ein Stück weit die Katze im Sack erwerben, da vorherige Testbohrungen nicht vorgesehen sind.

Göbel erklärte zugleich, mit Blick auf das Genehmigungsverfahren für Giesen liege K+S „weiter voll im Zeitplan“, er gehe nach wie vor davon aus, dass der Konzern Ende des Jahres den Antrag beim Bergamt einreichen könne. Wenn die Behörde über das Vorhaben genehmigt hat, will K+S entscheiden, ob es in Giesen wieder losgehen soll oder nicht. „Dafür wird die Situation auf dem Weltmarkt zu jenem Zeitpunkt sowie die Prognosen, die wir dann haben, und unsere finanzielle Situation entscheidend sein“, sagt Göbel. Der Konzern strebt eine Entscheidung Anfang 2016 an.

Weniger wichtig sei in dieser Frage hingegen der Aktienkurs. „Das sind oft Momentaufnahmen, da geht es um Jahrzehnte“, sagt Göbel auf Nachfrage mit Blick auf derzeit eher positive Prognosen von Analysten. Auch die Krise in Osteuropa spiele keine Rolle: „Russland exportiert eher nach China und Indien als nach Europa oder in die USA.“